

**Quelle:** Deutscher Bundestag – Drucksachen und Plenarprotokolle des Bundestages - 1949 bis 2005 – Plenarprotokoll vom 30.06.1965. [ON LINE]. [Berlin]: Deutscher Bundestag. [01.11.2013]. Plenarprotokoll Nr.: 04/194 vom 30.06.1965. <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/04/04194.pdf>.

**Urheberrecht:** (c) Deutscher Bundestag

**URL:** <http://www.cvce.eu/obj/-de-265c52e4-8934-435e-b6d4-a02c2e21d8d5.html>

**Publication date:** 18/12/2013

# Deutscher Bundestag

## 194. Sitzung

Bonn, den 30. Juni 1965

### Inhalt:

Überweisung des Antrags des Bundesschatzministers betr. VEBA an Ausschüsse . . . 9832 C

**Fragestunde** (Drucksachen IV/3636, zu IV/3636)

Fragen des Abg. Schmitt-Vockenhausen

**Film „Elisabeth II. — Eine Königin in Deutschland“**

von Hase, Staatssekretär . . . . . 9831 B

Dr. Lohmar (SPD) . . . . . 9831 C

Holkenbrink (CDU/CSU) . . . . . 9832 B

Fragen des Abg. Jacobi (Köln):

**Bundesarlehenswohnungen**

Dr. Ernst, Staatssekretär . . . . . 9832 D

Jacobi (Köln) (SPD) . . . . . 9833 A

Frage des Abg. Jahn:

**Gemälde des Malers Karl Lenz „Erdhausen im Winter“**

Kattenstroth, Staatssekretär . . . . . 9833 D

Jahn (SPD) . . . . . 9833 D

Frau Freyh (Frankfurt) (SPD) . . . . . 9834 B

Fragen des Abg. Büttner:

**Maßnahmen betr. Haltung, Pflege, Unterbringung oder Beförderung von Tieren**

Dr. Weber, Bundesminister 9834 B, 9835 C

Ritzel (SPD) . . . . . 9834 D, 9835 C

Fragen der Abg. Ritzel und Börner:

**Tierschutzrecht**

Dr. Weber, Bundesminister . . . . . 9836 A

Ritzel (SPD) . . . . . 9836 C

Strohmayr (SPD) . . . . . 9836 D

Frage des Abg. Jahn:

**Zuständigkeit des Bundeskriminalamtes**

Dr. Weber, Bundesminister . . . . . 9837 A

Jahn (SPD) . . . . . 9837 C

Frage des Abg. Dröscher:

**Benachteiligung deutscher Beschädigter durch Urteile von Militärgerichten der Stationierungstreitkräfte**

Dr. Weber, Bundesminister . . . . . 9838 A

Dröscher (SPD) . . . . . 9838 B

Frage des Abg. Gewandt:

**Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft auf dem Geld- und Kapitalmarkt**

Dr. Langer, Staatssekretär . . . . . 9839 A

Gewandt (CDU/CSU) . . . . . 9839 B

Frage des Abg. Gewandt:

**Zinsverordnung des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen**

Dr. Langer, Staatssekretär . . . . . 9839 B

Gewandt (CDU/CSU) . . . . . 9839 C

(A) **Vizepräsident Schoettle**

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Umdruck 708. Ich muß allerdings sagen, daß ich nicht ganz mitgekommen bin. Aber das liegt wohl an meiner Ignoranz. Die Sprecher haben nämlich eine Auffassung vertreten, die mir aus dem Antrag selber nicht gerechtfertigt zu sein scheint. Aber es liegt vielleicht an der Kompliziertheit der Materie. Wir stimmen jedenfalls über den Antrag Umdruck 708 ab. Wer ihm zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Gegenprobe! — Das ist die überwältigende Mehrheit; der Antrag ist abgelehnt.

Wir stimmen nun über Art. 1 des Gesetzentwurfs ab. Wer ihm zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke. Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Art. 1 ist angenommen.

Mir liegt der Änderungsantrag Umdruck 717 vor, wonach ein Art. 1 a eingefügt werden soll. Soll dieser Antrag begründet werden?

(Abg. Seuffert: Der Antrag ist zurückgezogen!)

— Aber er liegt hier als Umdruck vor, unterschrieben von Dr. Schmidt (Wuppertal), Dr. Becker usw.

(Abg. Dr. Schmidt [Wuppertal]: Ich habe ihn soeben in aller Form zurückgezogen!)

— Wo?

(Abg. Dr. Schmidt [Wuppertal]: Beim Büro!)

— Das hat sich bis zu mir noch nicht herumgesprochen. Aber das liegt vielleicht an der Atmosphäre, die im Augenblick im Hause herrscht. Der Antrag ist aber auf jeden Fall nicht mehr existent.

## (B)

Dann rufe ich Art. 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8 — sowie Einleitung und Überschrift auf. Wer den aufgerufenen Bestimmungen zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke. — Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Einstimmig angenommen.

Ich schließe die zweite Beratung. Wir kommen zur

**dritten Beratung.**

Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Wird das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Die allgemeine Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Schlußabstimmung. Wer dem Gesetz im ganzen zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Danke. Die Gegenprobe! — Das Recht des Aufstehens bei der Abstimmung beinhaltet auch das Recht, sich wieder zu setzen; dann läßt sich klarer feststellen, wie abgestimmt worden ist. — Das Gesetz ist einstimmig angenommen.

Ich rufe Punkt 15 der Tagesordnung auf:

Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrages zum Wirtschaftsplan des ERP-Sondervermögens für das Rechnungsjahr 1965 (**Nachtrag zum ERP-Wirtschaftsplangesetz 1965**) (Drucksache IV/3361);

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für

wirtschaftlichen Besitz des Bundes (28. Ausschluß (Drucksachen IV/3526, zu IV/3526). (C)

(Erste Beratung 181. Sitzung)

Dazu liegt ein Schriftlicher Bericht der Herren Abgeordneten Häussler und Lange (Essen) vor. Ich danke den Herren Berichterstattem für ihren Bericht.

Wir treten in die Beratung ein. Ich rufe Art. 1, — 2, — 3, — sowie Einleitung und Überschrift des Gesetzentwurfs auf. — Wer den aufgerufenen Bestimmungen zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke. Gegenprobe! — Enthaltungen? — Die aufgerufenen Bestimmungen sind einstimmig angenommen.

Die zweite Beratung ist geschlossen. Ich eröffne die

**dritte Beratung.**

Wird das Wort in der allgemeinen Aussprache gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Schlußabstimmung. Wer dem Gesetz zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Danke. Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Das Gesetz ist einstimmig verabschiedet.

Wir haben noch über einen Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU auf Umdruck 707 \*) abzustimmen. Soll dazu gesprochen werden? — Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Entschließung zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke. Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Die Entschließung ist einstimmig angenommen. (D)

Punkt 16 soll heute nachmittag aufgerufen werden.

Ich rufe Punkt 17 auf:

Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zu dem **Vertrag vom 8. April 1965 zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften** (Drucksache IV/3530); Schriftlicher Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (3. Ausschluß) (Drucksache IV/3635).

(Erste Beratung 189. Sitzung)

Wünscht der Berichterstatte, Herr Abgeordneter Dr. Furler, das Wort?

(Abg. Dr. Furler: Ich verzichte, möchte aber eine Erklärung in der Debatte abgeben!)

Ich eröffne die Aussprache. Wird das Wort gewünscht? — Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Furler.

**Dr. Furler** (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich konnte als Berichterstatte auf eine Erläuterung meines Berichtes verzichten, muß aber, da eine kurze Debatte stattfinden soll,

\*) Siehe Anlage 8

Dr. Furler

(A) hier für meine Fraktion und als Abgeordneter einige kurze Erklärungen abgeben.

Die **Fusion der Räte und der Exekutiven der Europäischen Gemeinschaften** stellt tatsächlich einen bedeutenden Fortschritt in der europäischen Integration dar. Es ist klar: wenn nur noch eine Kommission statt drei Kommissionen da ist, nur noch ein Ministerrat statt drei Ministerräten, findet eine Konzentration der Kräfte, auch eine sehr starke Rationalisierung im Beamtenapparat statt. Die eine Kommission hat eine größere Durchschlagskraft.

Es ist das, was man die Dynamik der Entwicklung nennt. Man hat sich auf die EWG-Kommission konzentriert, in die die anderen hineinfusioniert werden. Diese Kommission wird in Zukunft nur noch mit einer Stimme sprechen. Wir sind daher für den Fusionsvertrag vom 8. April, und wir sind auch für das Zustimmungs-, das Ratifikationsgesetz, das Ihnen hier vorgelegt wird.

Ich möchte nur zwei Bemerkungen machen, die mit einer gewissen Kritik zusammenhängen, die in der Entschließung zum Ausdruck kommt, die der Auswärtige Ausschuß vorgelegt hat.

Das eine — und das sage ich nicht nur aus historischen Gründen — betrifft die **lange Dauer der Fusionsverhandlungen**. Schon am 27. Juni 1958 hat das Europäische Parlament diese Fusion in einer Entschließung angeregt. In einer sehr scharfen Entschließung vom 24. November 1960 hat das Europäische Parlament dann die Fusion erneut verlangt. Der Vertrag stammt vom 8. April 1965. Sie sehen, es dauerte fünf Jahre. Das zeigt, welche schwierige Verhandlungen offenbar notwendig waren, um die Fusion, die wir begrüßen, doch noch durchzusetzen.

(B)

Aber auch wenn man einen anderen Gesichtspunkt betrachtet, zeigt sich, um wieviel schwieriger die Situation allgemein geworden ist. Sie wissen, daß schon zwei Organe fusioniert sind, der Gerichtshof und das Europäische Parlament. Wir erfuhren in der Vorperiode des Europäischen Parlaments, Ende Januar 1957, daß man ein neues Parlament neben der Gemeinsamen Versammlung errichten wollte. Die drei damaligen Präsidenten — ich war ihr Sprecher — versammelten sich am 2. Februar 1957 in Brüssel. Sie hatten am 4. Februar eine gemeinsame Sitzung mit den sechs Ministern. Ich trug den Vorschlag vor, zu fusionieren, ein Einheitsparlament zu gründen, und die Minister haben noch im Laufe des Nachmittags den entsprechenden Beschluß gefaßt und ihren Plan aufgegeben, ein weiteres Parlament zu schaffen. Sie haben dann noch — was sehr bedeutsam ist — den Gerichtshof fusioniert. In wenigen Tagen hat sich dies abgespielt. Diesmal haben wir fünf Jahre gebraucht, um noch die schon entstandenen Exekutivorgane zusammenzulegen.

Damit komme ich zu dem zweiten Punkt. Der Auswärtige Ausschuß hat eine Entschließung vorgelegt — meine Fraktion stimmt dieser Entschließung zu —, in der wir bedauern, daß diese Fusion nicht zum Anlaß wurde, die **Stellung des Europäischen Parlaments zu stärken**. Der Bundestag hat dies auch gewünscht. Wir haben allerdings erst sehr spät im Mai eine entsprechende Resolution gefaßt, die Ver-

handlungen haben sich lange hinausgezogen. Das Europäische Parlament hat darum gekämpft, alle haben darum gekämpft, eine bessere Position für dieses Parlament zu bekommen. Das ist nicht gelungen. (C)

Es ist leider auch so — man muß das feststellen —, daß eine gewisse Schwächung des Europäischen Parlaments stattgefunden hat; denn in der Fusion ist das **Mitspracherecht des Präsidenten des Parlaments bei dem Haushalt der Gemeinschaft für Kohle und Stahl** ersatzlos gestrichen worden. Dort konnte der Präsident zwar einen Haushalt nicht erzwingen; aber er konnte sein Veto einlegen. Gegen die Stimme des Präsidenten des Europäischen Parlaments konnte der Haushalt der Montangemeinschaft nicht beschlossen werden. Das wurde gestrichen, und man hat gesagt, wir hätten dafür die Möglichkeit, nun zum Gesamthaushalt Stellung zu nehmen und dabei mitzuwirken. Diese Mitwirkung bedeutet aber keine rechtlich fundierte Mitwirkung, sondern eine beratende. Wir sind ganz auf die Überzeugungskraft unserer Argumente angewiesen. Man hat lange darum gekämpft, hier etwas herauszuholen. Ich sagte schon: das ist nicht gelungen.

Ich weiß, unsere Regierung hat sich lange bemüht, einen Ausgleich zu schaffen. Aber in den fünfjährigen Verhandlungen war dies nicht zu erreichen. Man hat nachher die Verhandlungen ganz konzentriert, die Fusion auf die allernotwendigsten Dinge beschränkt, um sie nicht scheitern zu lassen. Wir sind der Meinung, daß wir dem Fusionsvertrag trotz dieses Mangels zustimmen sollten. (D)

Wir erheben aber hier im Bundestag unsere Stimme noch einmal, um zu verlangen, daß dieses Europäische Parlament vor allem auch im **Haushaltsrecht** eine stärkere Stellung bekommt. Sie werden das beim nächsten Punkt der Tagesordnung, bei dem es um die gemeinsame Finanzierung der Agrarpolitik geht, noch hören. Dort wird auch um diese Position noch gekämpft werden müssen. Aber wir wollen auch hier zum Ausdruck bringen, daß wir zwar die Fusion akzeptieren, aber bedauern, daß es nicht gelungen ist, das Europäische Parlament zu verstärken, ihm mindestens einen Ausgleich für das zu geben, was es der Fusion geopfert hat. Wir sind davon überzeugt, daß die europäische Integration dieses Europäische Parlament in einer stärkeren Position braucht, stärker sowohl im Haushaltsrecht, wenn einmal über eigene Einnahmen und eigene Ausgaben gesprochen wird, stärker aber auch im **Gesetzgebungsrecht**; denn wir sind der Meinung, daß es nicht angeht, daß direkt geltende Gesetze beschlossen werden, ohne daß eine echte Mitwirkung dieses Parlaments besteht.

Aus diesem Grunde empfehlen wir, diese Entschließung anzunehmen, die gerade darauf hinzielt, die Position des Europäischen Parlaments wenigstens in den kommenden Verhandlungen zu verbessern, nachdem es nicht gelungen ist, sie in den Fusionsverhandlungen auszubauen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

(A) **Vizepräsident Schoettle:** Das Wort hat der Abgeordnete Wehner.

**Wehner (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist eine schlechte Zeit zur Erörterung einer solchen Frage. Jetzt meine ich nicht die Tageszeit, sondern den Schlußgalopp des Bundestages. Aber darüber zu klagen, wäre jetzt ohne Sinn.

Ich habe von meinem verehrten Herrn Vorredner gehört, daß man sogar eine Verschlechterung, und zwar eine konkrete Verschlechterung, die in der Entledigung eines erworbenen Rechtes besteht, das jetzt entfällt, hinnimmt, hinnehmen muß, damit das Ganze nicht scheitert. Das ist also eine eigentümliche Situation, daß wir uns in einer solchen Zwangslage befinden, von den ganz unzureichenden **parlamentarischen Rechten** sogar noch welche abzugeben, statt neue hinzuzugewinnen, wie es richtig und wie es auch erforderlich wäre, und sagen müssen: wir sind in einer solchen Situation, weil sonst unter Umständen die ganze Fusion scheitert. Welch eine starke Stellung hat also hier die **Exekutive** gegenüber dem Parlament! Welch eine absurd starke Stellung hat sie!

Das gibt mir Anlaß, doch einige Bemerkungen zu machen, ungeachtet dessen, daß die sozialdemokratische Bundestagsfraktion dem Gesetz und auch dem Bericht und damit dieser Entschließung zustimmt, von der jetzt die Rede ist. Wir tun das, weil wir jeden Schritt unterstützen, der geeignet ist, die europäischen Gemeinschaften auszubauen, zu festigen und leistungsfähiger zu machen. Aber wir wären pflichtvergessen — ich würde es jedenfalls so betrachten —, wollten wir nicht deutlich sagen, daß es eine ganz schlimme Begleiterscheinung dieses Vorganges ist, daß Staatssekretäre und andere Leute der Exekutive viel mehr Macht haben als die Volksvertretung, die selber beschließt, daß sie noch weniger zu sagen haben wird und sogar will, damit die Staatssekretäre und die anderen zum Zuge kommen. Das ist die reale Situation. Eine schlimme Situation, wenn es sich um ein Gesamtwerk handelt, bei dem durch die Vereinigung Europas Freiheiten, Rechte, Demokratie, Parlament verteidigt und in ihren Wirksamkeiten geschützt werden sollten, — allmählich doch auch mit dem Gedanken, den Geltungsbereich dieser Freiheiten zu erweitern. Aber im Geltungsbereich unserer Bestimmungen werden diese Freiheiten sogar noch eingeengt. Das ist eine Sache, der gegenüber wir nicht zu schweigen vermögen.

In den Erklärungen, die die Notwendigkeit der Zusammenlegung der Körperschaften, der Behörden und der Kommissionen begründen und begrüßen, wird mit Recht gesagt, daß es darauf ankommt, die Fortschritte, die Erfolge, die wir mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erzielt haben, nun weiter zu entwickeln, weiter auszubauen, sich auch neue Ziele zu setzen. Aber die Rolle des Parlaments, der Volksvertretung in diesem Europa, das ein Europa der Völker werden muß — oder es wird ein verdorrter Apparat Europas werden —, wird auch nicht dadurch besser, daß man von irgend-

einer Stelle aus sagt, dieses Europa sei ein Europa der Nationen oder der Staaten. Hier geht es um das, was dabei an Volk zum Ausdruck kommt, und das wird geringer. Dem können wir jetzt notgedrungen — um es vorsichtig zu sagen — gar nicht einmal Widerstand leisten. Wenn wir heute Gelegenheit hätten — die Sache ist schon vorbei und paßt nicht mehr in unseren unvermeidlichen Schlußgalopp —, vor der Erörterung, der Stellungnahme des Bundestages zu diesem Gesetz den Punkt 16 unserer Tagesordnung und seiner Materie ausführlich und ruhig zu behandeln, würden wir eine interessante Feststellung treffen: Welch ein sichtbarer Unterschied — und zwar nicht nur durch irgendeine Parteibrille von links oder rechts, sondern mit bloßen Augen sichtbarer Unterschied — zeigt sich in dem Eifer, der aufgewandt wird, um gewisse Interessen zu vertreten und noch darum zu handeln, und in dem nicht vorhandenen Eifer oder, sagen wir einmal — um niemanden zu beleidigen —, in dem lahmen Eifer, mit dem die Rechte der Volksvertretung zur Regelung dieser Interessen behandelt werden.

(Beifall bei der SPD.)

Das ist eine schreckliche Sache; das ist ein substantieller Rückgang im Gehalt des Wertes der europäischen Vereinigung.

Dabei befinden sich diejenigen, die den großen Eifer für die Interessen aufbringen bzw. aufbringen werden — heute nachmittag wird dazu ja Gelegenheit sein —, in einem grundlegenden Irrtum. In dem Maße, in dem sie, weil sie glauben, damit ihren Intressen zu dienen, Standesorganisationen und Abmachungen wirken lassen, aber das Parlament einfach liegenlassen — weil sie es vielleicht sowieso nur als ein Mittel zum Zweck der Durchsetzung von Interessen betrachten —, werden auch legitime Interessen immer weniger vertretbar werden in der Gemeinschaft und in dem Sachbereich, um den die Gemeinschaft sich zu kümmern hat. Das werden Sie noch sehen. Volksvertretungen sind doch kein Luxus, in denen Standesvertreter auch mitreden, weil sie auf diese Weise ihren Klienten und Kunden sagen wollen: Auch dort üben wir Druck aus. Volksvertretungen sind kein Luxus. Wenn aber Gemeinschaften, bei denen es um die Lebenssubstanz der europäischen Völker geht, sich in ihren parlamentarischen Rechten selber einschränken lassen, dann muß ich sagen: schade um diese Entwicklung.

Ich persönlich mag es nicht leiden, wenn man von den Regierungen — in der Regel haben wir es ja nur mit ihren Spitzenbeamten, die ihre Aufgaben und Pflichten haben, zu tun; die Minister haben ja noch nicht einmal Zeit für diese Sache — erwartet, sie würden sehr viel Eifer, Energie und Sachkenntnis darauf verwenden, die **Stellung der Volksvertretung** auszubauen. Das ist eine verkehrte Welt; das ist eine völlig falsche Vorstellung, mit der an diese Sache herangegangen wird. Regierungen sind heute wie Monarchen in früheren Zeiten, womit ich weder gegen die Monarchen noch gegen die Regierungen etwas sagen will. Natürlich haben sie ihre eigene Position. Wenn aber die Volksvertreter darauf bedacht sind, daß die Regierungen nicht die Nase

**Wehner**

(A) rümpfen, sondern mit ihnen zufrieden sind und nicht an irgendeiner Stelle sagen: Dann werden wir euch aber den Possen tun und die Institutionen nicht vereinigen, wenn ihr euch so benehmet — wir, die wir die einzigen sind, die dem Parlament klarmachen könnten, daß es sich um Volksvertretung handelt —, dann weiß das Parlament allmählich bei dem Fachsimpeln über solche Fragen überhaupt nicht mehr, worum es eigentlich geht. Das ist eine Tragik. Aber heute wird sicher keiner mit mir der Meinung sein, daß es Sinn hat, sich darin zu vertiefen. Ich werde mir wohl noch den Zorn derjenigen zuziehen, die da sagen: Na ja, es wird ohnehin doch nur geredet. Eine schlechte Sache, wenn wir wieder nur bedauern, auch in dieser Entschließung wieder nur bedauern! Das tun wir jetzt seit langem und mit immer weniger Gewicht.

Aber lassen Sie mich noch eine direkte Frage stellen. Wenn wir mit Holländern, wenn wir mit Belgiern sprachen — ich habe es aber besonders bei Holländern gemerkt —, dann fragten diese in den letzten Wochen: Ja, werdet ihr denn, ihr Deutschen, im Bundestag usw., werdet ihr denn in der Sache der Volksvertretungsrechte wirklich nicht nur mitziehen, sondern euer großes Gewicht in die Waagschale werfen? — Ja, ich habe gesagt; wie können Sie eigentlich daran zweifeln? Natürlich, wir sind dafür! — Wenn die nun aber in ihrer Nüchternheit sehen, daß wir hier zwar gezeigt haben, daß wir wieder einmal bedauern, daß wir im übrigen aber hinter dem Rücken der Regierung — Sie sehen ja die leere Regierungsbank bei der Behandlung einer europäischen Frage — sozusagen hervorlugen und sagen, es ließe sich zur Zeit nicht mehr machen — sonst hätte unsere Regierung noch weniger machen können oder gemacht —, so ist das kein Beweis für die Leute in Holland usw., daß wir in einer Sache, bei der es darum geht, europäische Möglichkeiten weiterzutreiben, und zwar auch in einer Zeit, in der sie durch gewisse innere Verhältnisse in den Mitgliedstaaten eben schwerer weitergetrieben werden können, als es wünschenswert wäre, diese Funktion des Bedauerns, die wir hier übernommen haben —

(Zuruf des Abg. Dr. Furler.)

— Ja, ja, ich weiß, Sie sind ein Staatsmann; ich nicht so sehr. Diese Funktion des Bedauerers ist eben eine für ein Parlament, für eine Volksvertretung ganz mißliche Funktion.

(Beifall bei der SPD.)

Es ist eine mißliche Funktion für eine so neue und für unsere Zukunft bestimmende Sache, wie es die europäischen Gemeinschaften sind. Und wenn wir hier auch nur zunächst durch Zusammenlegung und Fusion — wie man sagt — der Körperschaften etwas Geburtshilfe mit dazu leisten, ist es um so schmerzlicher, daß das ohne diese dazu notwendige Erweiterung der Rechte des Parlaments geschieht.

Wenn Sie sich die Berichte der Ausschüsse untereinander ansehen — ich habe es heute noch einmal getan —, also sagen wir mal des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten an den Haushaltsausschuß oder die eigenen Berichte des Haushaltsausschusses, dann wird dort ganz brav gesagt, daß auch

hier bedauert werde und daß eigentlich die Rechte des Parlaments erweitert werden müßten. Nur, ich fände es gut, wenn der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten z. B. das auch einmal schreiben würde und wenn es allmählich Sache des ganzen Parlaments wäre, daß man nicht mehr nur sagt: Na ja, gut, das ist eine außenpolitische Frage; da sind ein paar versessene Europäer darauf verpflichtet, sich hörbar zu machen. Das ist eine schlimme Sache. Es ist eine Arbeitsteilung, die ungesund ist: Die einen kümmern sich um die Fonds. Die Fonds werden immer größer, und die reale Notwendigkeit, parlamentarische Kontrolle über die Eigenfinanzen der europäischen Gemeinschaft auszuüben, wird immer brennender; denn wo sind die denn eigentlich sonst etatisiert? Aber das kümmert einen Teil von uns nicht, weil der nur aufpassen muß, was mit den Abschöpfungsbeträgen geschieht und wie im einzelnen soviel wie möglich wieder zurückfließt. Ein paar von uns, die wir also Europäer sind oder uns mit der Außenpolitik zu befassen haben, sagen dann, wie sehr wir es bedauern. Eine schreckliche Sache! Ich könnte dazu einige Bilder aus dem Volksleben beisteuern; aber lieber nicht, sonst würde das auch noch schief ankommen.

Meine Damen und Herren, am 9. Mai dieses Jahres hatte ich die große Freude, an einer Zusammenkunft teilzunehmen, die das „**Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa**“, das unter der Präsidentschaft von Jean Monnet steht, in Berlin veranstaltete. Es war eine schöne, große Geste, daß an dem Tage, an dem jenseits der Mauer durch Paraden und anderes — Schlimmeres — des 20. Jahrestages des Kriegsendes gedacht wurde — auf die dort eigene Weise —, das Komitee zusammenkam. Der 9. war der Tag, an dem vor genau 15 Jahren Robert Schumann seine Vorstellungen darüber vortragen hatte, wie es — fünf Jahre nach dem Kriege — weitergehen solle, nämlich nicht durch Rückfall in die alten Staatsallianzen, die aus dem 19. Jahrhundert in unser Jahrhundert hineinragen und zwei Weltkriege nicht haben verhindern und keine Friedensordnungen haben schaffen können. Vielmehr ging es darum, zunächst Europa zu vereinigen. Das war der große Gedanke.

Sie sollten sich die Liste derer, die dort zusammengekommen waren, einmal ansehen. In diesem Komitee sind in persönlicher Mitgliedschaft tätig — ich kenne manche dieser Herren seit der Gründung; ich habe zu den Mitbegründern dieses Komitees von deutscher Seite gehört, neben meinem Freunde Ollenhauer — die Vorsitzenden aller demokratischen Parteien der sechs Länder der Europäischen Gemeinschaft, die Präsidenten der Parlamentsfraktionen dieser Parteien in den sechs Ländern und eine Reihe namhafter Führer nichtkommunistischer Gewerkschaften. Ich habe nun gerade meine Klagen über unsere Gesamtlage, daß die Rechte des Parlaments zu wenig berücksichtigt werden, hier angebracht. Ich finde, wir haben ganz respektable Verbündete oder Bundesgenossen, wenn wir uns auf sie berufen wollen. In deren Erklärung — ich habe sie mit beschlossen, und es gibt Herren aus den anderen Fraktionen, die sie ebenso und aus genau

**Wehner**

(A) denselben Erwägungen wie ich mit beschlossen haben — ist unter dem Rubrum „Demokratisierung der Tätigkeit der bestehenden Institutionen“ eindringlich — und zwar wird dieses Wort auch gebraucht — erklärt worden, daß das Komitee nochmals die Vorschläge in Erinnerung bringt, welche es in seiner Tagung in Bonn ein Jahr vorher angenommen hat: die Wahl der Hälfte der Mitglieder des Europäischen Parlaments in direkter Wahl, die Beteiligung des Europäischen Parlaments an dem Verfahren zur Ernennung des Präsidenten der einzigen Europäischen Kommission, die an die Stelle der gegenwärtigen drei Exekutiven treten würde. Das sind doch sachliche Vorschläge.

Aber was eigentlich haben wir wieder für eine Arbeitsteilung? Wenn wir zusammenkommen als Mitglieder eines solchen Komitees, dann freuen wir uns und stimmen solchen Dingen nicht nur zu, sondern erarbeiten sie mit. Wenn wir dann hier in der Pflicht sind gegenüber der Regierung — Sie sehen sie ja hier,

(Heiterkeit bei der SPD)

und so geht es in den anderen Parlamenten natürlich auch —, dann sagen wir: Damit es möglich wird, verzichten wir zunächst darauf und bedauern nur, daß wir verzichten müssen. Das ist unsere schwierige Situation.

Ich komme noch einmal auf das zurück, was das Aktionskomitee formuliert hat.

Es heißt dort: Angesichts der Vorschläge der EWG-Kommission über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik ist das Aktionskomitee der Auffassung, daß eine effektive Kontrolle durch das Europäische Parlament notwendig ist.

(B)

Wir haben heute gehört — mein Herr Vorredner hat durchaus recht —: wir müssen den schmerzlichen Verlust einstecken, daß sogar ein erworbenes Recht, nämlich das Recht des Mitredendürfens und Nichtausgeschaltet-werden-Dürfens des Präsidenten in Sachen Haushalt der Kohle- und Stahlgemeinschaft, also eines Teiles, nun verschwindet. Hier aber haben alle die Herren, die dem Komitee angehören, gefordert, daß die Kommission zur Weiterentwicklung der gesamten gemeinsamen Politik ständig auch mit den Gewerkschaften und Berufsverbänden usw. Verbindung hält, daß diese Verbände, soweit es möglich ist, an den von den Institutionen der Gemeinschaft eingesetzten Organen beteiligt werden. Und dann kommt das große Kapitel der Finanzierung und der auch daraus — nicht nur aus allgemeinen demokratischen Anliegen, wenn auch die nicht zurückgesteckt werden sollten — resultierenden Notwendigkeiten der Erweiterung der parlamentarischen Befugnisse.

Es ist schlimm, daß man bei einem solchen Schritt wie diesem gezwungen ist, wieder zu sagen: wir stimmen dem zu, damit jeder sieht, daß wir Realpolitiker sind, und zugleich feststellen, wir treiben auch ein Stück Selbstverstümmelung dabei, nämlich in unserer Rolle als Parlamentarier. Das Schreckliche ist, daß wir noch nicht einmal die Kraft, daß wir noch nicht einmal die Möglichkeit haben, denen, die

uns gewählt haben — und zwar in diesem Falle unisono, glaube ich doch, ohne Unterschied der Parteien —, zu sagen, was dem Volk verlorengeht — das doch Europa, das die Vereinigung Europas will —, wenn es weiter zuläßt, daß das Europäische Parlament ein Schattendasein führen muß. Das liegt ja nicht an der mangelnden geistigen Substanz derer, die im Europäischen Parlament sind. Wenn wir Zeit hätten und alles lesen könnten, würden wir sehen, daß es dort gute und nirgendwo sonst bisher geführte Debatten und Sachvorschläge gibt. Aber das alles ist heute Facharbeit, und wir tun das Unsere dazu, daß immer mehr Luft aus dieser guten Sache herausgeht.

Dieses Bedauern wollte ich Ihrem Bedauern, daß man zur Zeit nichts anderes machen könne, weil es sonst ganz scheiterte, hinzufügen als Bedauern über uns alle, die wir in dieser Sache so lau geworden sind.

(Beifall bei der SPD und FDP.)

**Vizepräsident Schoettle:** Das Wort hat der Abgeordnete Rademacher.

**Rademacher (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als Mitglied des Europäischen Parlaments bin ich sehr glücklich darüber, daß ich meinen wahrscheinlich letzten Diskussionsbeitrag in dieser Legislaturperiode den europäischen Fragen widmen darf; ich tue dies namens der Freien Demokratischen Partei.

In dem Schriftlichen Bericht wird davon gesprochen, daß in Zukunft nach der technischen Fusion der drei Organe nur eine Stimme sprechen werde. Ich bezweifle das auf Grund der Erfahrungen im Europäischen Parlament. Solange Sie den entscheidenden Schritt nicht tun, nämlich **die drei Verträge zu fusionieren**, können Sie kaum erwarten, daß eine gemeinsame Äußerung seitens der Kommission oder seitens des Ministerrats für alle drei Organe erfolgen kann.

Ich habe mich bei den Ausführungen des Kollegen Wehner, denen ich auch namens meiner Fraktion im großen und ganzen zustimme, eigentlich darüber gewundert, daß er nicht auch gleichzeitig den Kern der Dinge angefaßt hat: durch stärkere Befugnisse des Parlaments mit danach zu streben, daß es nicht bei einem Sechser-Europa bleibt, sondern daß es zu einem größeren Europa kommt.

(Beifall bei der FDP.)

Das Europäische Parlament hat doch eine sehr seltsame Konstruktion. Dabei bin ich mir darüber klar, daß der Weg zu Europa außerordentlich schwierig und langwierig ist. In diesem Parlament gibt es in allen Fraktionen genügend Idealisten, die immer wieder von dem Werden und der **Erweiterung Europas** sprechen, selbstverständlich auch — als Voraussetzung — von **größeren Befugnissen des Europäischen Parlaments**. Die Vertreter der Kommission einschließlich des Präsidenten Herrn Hallstein bestätigen diese Auffassung, belobigen die Abgeordneten aller drei Fraktionen, die jeweils diese Meinungen zum Ausdruck bringen. Von der Vertretung des

(C)

(D)

**Radermacher**

- (A) Ministerräte im Europäischen Parlament werden die Dinge schon ein wenig vorsichtiger angefaßt, obgleich man im Grunde genommen immer wieder den Versuch unternimmt, zu bestätigen, daß das Endziel tatsächlich auch in einer größeren Befugnis des Europäischen Parlaments liegen müsse.

Ich glaube, man sollte auch über die merkwürdige Entwicklung im Europäischen Parlament ein Wort sagen, daß sich dort eine spezielle Fraktion gebildet hat, die ein Widerspruch in sich ist. Es handelt sich doch um ein Europäisches Parlament, in dem es zunächst einmal drei Fraktionen gegeben hat; sie setzten sich jeweils aus den Abgeordneten der sechs Länder zusammen. Dann hat sich auf Grund der sehr merkwürdigen Einstellung in Paris eine Fraktion, eine **nationale Fraktion**, gebildet, nämlich die Gaullisten. Nun frage ich Sie, ob es noch im Sinne und im Geiste einer europäischen Integration liegt, wenn dort solche nationalen Fraktionen auftreten.

Natürlich muß man sich in diesem Zusammenhang auch mit den Äußerungen des französischen Staatschefs, des Generals de Gaulle, auseinandersetzen, der von einem „**Europa der Vaterländer**“ spricht. Ich will Ihnen ganz offen sagen, daß ich dieser stufenweisen Entwicklung zu einer vollen europäischen Integration nicht einmal so fern stehe, nämlich aus rein praktischen Gründen, weil etwas anderes schneller kaum zu erreichen ist. Wenn allerdings der Ausdruck „Europa der Vaterländer“ bedeuten sollte, daß ein Land in diesem Europa dominieren will, dann muß ich namens meiner Fraktion hiergegen die schärfsten Bedenken anmelden. Ich hätte lieber den Ausdruck gehört: ein Europa der Nationen, in dem die Besonderheit der Nationen nicht untergeht, in dem sie ihre besondere Bedeutung haben. Aber eine Dominanz eines Landes — und Sie wissen alle, was ich meine — würden wir mit aller Energie ablehnen.

(B)

(Beifall bei der FDP.)

Was die **Fusion der Verträge** anlangt, so möchte ich auf einen Widerspruch auf einem Gebiet hinweisen, von dem ich etwas zu verstehen glaube. Nehmen Sie einmal die Verkehrsbestimmungen in dem Vertrag über Kohle und Stahl und stellen Sie daneben die Versuche, den europäischen Verkehr in den sechs Staaten zu integrieren! Dann werden Sie sehen, wie außerordentlich schwierig die Dinge sind und wie unmöglich die Situation ist, wenn wir nicht so schnell wie möglich dazu kommen, als nächsten Schritt auch die Verträge selbst zu fusionieren. Solange das nicht geschieht, meine Damen und Herren — und damit möchte ich meine kurze Intervention abschließen —, ist dieses Europa ein ausgesprochener Torso, zum mindesten soweit es das Europäische Parlament anlangt. Das Europäische Parlament hat keine wirklichen Befugnisse, z. B. Haushaltsbefugnisse, die das vornehmste Recht eines jeden Parlaments sind. Es hat nicht einmal über den eigenen Haushalt des Parlaments etwas zu sagen; er wird ihm auferlegt. Solange ein Parlament diese Rechte nicht besitzt, kann man überhaupt nicht von einem echten Parlament sprechen.

Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es nicht nur irgendwelcher Wolkenkuckuckserklärungen, sondern des guten und festen Willens der Regierungen der sechs Staaten. Wir wollen hoffen, daß die deutsche Bundesregierung bereit ist, auch in Zukunft nicht nur Lippenbekenntnisse abzugeben, sondern in den Ministerräten dafür zu sorgen, daß diese Fusion zustande kommt und das Parlament erweiterte Rechte erhält, um all die großen Ziele, von denen ich gesprochen habe, zu erreichen: eine echte Integration ganz Europas, ein Haushaltsrecht und vor allen Dingen, worauf es meiner Fraktion und mir im wesentlichen ankommt, nicht ein Statuieren eines Sechser-Europas, sondern ein aufgeschlossenes Hinwenden zu einem größeren Europa, das allein in der Lage ist, die politischen Geschicke Europas zu gestalten.

(Beifall bei der FDP.)

**Vizepräsident Schoettle:** Das Wort hat der Abgeordnete Illerhaus.

**Illerhaus** (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Wehner, ich glaube, wir alle in diesem Hause bedauern mit Ihnen, daß bei der Gelegenheit der **Fusion der Exekutiven die Rechte des Europäischen Parlaments** nicht verstärkt worden sind. Diese Fusion der Exekutiven ist von uns allen, auch von allen Mitgliedstaaten, begrüßt worden, hat aber enorme Schwierigkeiten gebracht. Ich brauche nur an die Sitzfrage zu erinnern, an die Frage Luxemburg usw. Für uns alle, die wir die Verstärkung der Rechte des Parlaments befürworten, ergab sich doch die Frage: Sollen wir, da das jetzt nicht zu erreichen ist, die Fusion der Exekutiven scheitern lassen, weil bei dieser Gelegenheit die Rechte des Parlaments nicht verstärkt worden sind? Das war die Frage, vor der wir standen. Wir alle, ich glaube, auch Ihre Fraktion, haben es zwar außerordentlich bedauert, daß die Rechte des Parlaments nicht verstärkt worden sind, wollten aber trotzdem die Fusion der Exekutiven nicht daran scheitern lassen.

(D)

Die Fusion der Exekutiven ist der erste Schritt auch zu dem zweiten, nämlich zur Fusion der Gemeinschaften. Herr Kollege Rademacher, die neue Exekutive soll ja den Auftrag erhalten, die Fusion der Gemeinschaften und der Verträge vorzubereiten. Wenn wir, wie wir hoffen, in einigen Jahren — in sehr kurzer Zeit — der Fusion der Verträge näher treten, müssen die Bundesregierung und wir alle nach meiner Meinung darauf bestehen, daß diese Fusion der Gemeinschaften der letzte Termin — der letzte Termin, sage ich — dafür ist, die Rechte des Europäischen Parlaments zu stärken. Während dieser Zeit muß auch sehr ernsthaft darüber gesprochen werden, ob nicht direkte Wahlen zum Europäischen Parlament abgehalten werden sollten, ein Anliegen, das das Europäische Parlament nach Abschluß seiner Beratungen schon vor einigen Jahren den Regierungen der Mitgliedstaaten unterbreitet hat. Wir müssen wirklich fordern, daß die Zusammenlegung der Gemeinschaften mit der Verstärkung der Rechte des Parlaments und möglicherweise auch mit direkten Wahlen verbunden ist.



**Illerhaus**

(A) Herr Kollege Rademacher, das größere Europa wünschen wir alle. Aber vergessen Sie doch nicht, daß bei Abschluß der Verträge für alle Länder Europas — des freien Europas — die Möglichkeit des Beitritts zu diesen Verträgen vorhanden war. Nur haben die EFTA-Länder und andere Länder aus den verschiedensten Gründen gemeint, diesen Verträgen nicht beitreten zu können. Je länger die EWG arbeitet und je enger sie zusammenwächst, um so schwieriger wird natürlich der Beitritt für diese Länder. Wir haben immer den Standpunkt vertreten — ich meine, wir alle vertreten diesen Standpunkt —, daß wir nicht etwa die Weiterentwicklung der Gemeinschaften anhalten können, bis die anderen Staaten Mitglied werden wollen. Wer Mitglied dieser Gemeinschaft werden will, der muß neben Rechten auch Pflichten übernehmen. Er muß sich auch dazu bereit erklären, wie man so sagt, auf diesen fahrenden Zug aufzuspringen. Ich glaube, wir sind alle im Prinzip einer Meinung.

Wir bedauern es außerordentlich, daß bei dieser Gelegenheit nicht die Rechte des Parlaments verstärkt worden oder zumindest die alten Rechte voll erhalten geblieben sind. Aber wie gesagt, das größere Ziel, die Vereinigung der Exekutiven als Vorbereitung auf die Zusammenlegung der Gemeinschaften der Verträge, schien uns und scheint uns allen im Augenblick wichtiger zu sein.

**Vizepräsident Schoettle:** Das Wort hat Herr Staatssekretär Carstens vom Auswärtigen Amt.

(B) **Dr. Carstens,** Staatssekretär des Auswärtigen Amtes: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Bundesminister des Auswärtigen bedauert es außerordentlich, heute nicht hier sein zu können. Er nimmt an einer sehr wichtigen Verhandlung in Brüssel teil. Gleichzeitig findet entsprechend der jahrelangen Übung am Mittwochmorgen eine Kabinettsitzung statt, in der gleichfalls eine Reihe sehr wichtiger Fragen zur Beratung anstehen. Ich will mich daher bemühen, so gut ich es kann, den Standpunkt der Bundesregierung zu den aufgeworfenen Fragen vorzutragen.

Ich möchte zunächst sagen, daß die Stellung der Bundesregierung mit Bezug auf die Frage einer **Stärkung der Befugnisse des Europäischen Parlaments** völlig eindeutig ist. Durch Jahre hindurch ist es vornehmlich die Bundesregierung gewesen, die sich um dieses Problem und seine Lösung bemüht hat. Ich darf daran erinnern, daß schon während der Vertragsverhandlungen von 1955 bis 1957 die deutsche Delegation alles in ihren Kräften stehende getan hat, um dem Parlament eine starke Stellung zu geben.

Auch in der Folgezeit hat es an deutschen Initiativen in dieser Richtung nicht gefehlt. Ich möchte nur an die letzte Initiative dieser Art vom Februar 1964 erinnern, in der sich die Bundesregierung eindeutig für eine stärkere Mitwirkung des Europäischen Parlaments bei drei Komplexen ausgesprochen hat, nämlich erstens bei der Verabschiedung wichtiger Verordnungen, zweitens bei der Verabschiedung des Haushalts der europäischen Gemein-

schaften und drittens bei Abkommen mit dritten Staaten.

Ich stimme auch dem zu, was hier gesagt worden ist, daß es in der Zukunft bei zwei Ereignissen darauf ankommen wird, dem Parlament weitere Befugnisse zu geben, und zwar einmal in dem Augenblick, wo die Gemeinschaft eigene Einnahmen erhalten wird, und zweitens in dem Augenblick, wo man an die Fusion der Gemeinschaften selbst im Gegensatz zu der jetzt vorgesehenen **Fusion der europäischen Organe** herangehen wird. Dies sind in der Tat die beiden Fälle, in denen auf eine Verstärkung der Rechte des Europäischen Parlaments bestanden werden muß, und die Bundesregierung ist bereit und entschlossen, das auch zu tun.

Nun ist aber die Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments — darin werden sicher alle übereinstimmen — nicht das einzige Ziel, das wir in Zusammenhang mit den europäischen Gemeinschaften verfolgen. Auch die jetzt vollzogene Fusion der Organe der europäischen Gemeinschaften ist ein wichtiges Ziel, und das Europäische Parlament selbst hat in seiner Resolution vom Jahre 1958 diese Fusion gefordert. Sie bedeutet keine grundlegende Veränderung der Situation, aber doch eine Rationalisierung und Straffung der Arbeitsweise und, wie wir fest glauben, damit letzten Endes auch eine Stärkung der europäischen Gemeinschaften selbst, an der wir alle in gleicher Weise interessiert sind.

Nun ist es keineswegs einfach gewesen, diesen Gedanken der Fusion der europäischen Organe durchzusetzen. Es hat, wie hier mit Recht hervorgehoben worden ist, jahrelanger Verhandlungen über diesen Komplex bedurft. Warum? Weil einige unserer Partner, insbesondere auch unsere französischen Freunde, der Meinung waren, daß es nicht sinnvoll sei, über eine Fusion nur der Organe zu sprechen, sondern daß, wenn man das Fusionsproblem in Angriff nehmen wollte, man über die Fusion der Gemeinschaften selbst sofort, von Anbeginn an, sprechen müsse; nur dann werde es möglich sein, zu brauchbaren Lösungen zu kommen. Wir haben einen anderen Standpunkt vertreten; wir haben den Standpunkt vertreten, daß die Fusion der Gemeinschaften selbst eine so schwierige Aufgabe sei, daß sie Jahre erfordern wird und daß es daher sinnvoll sei, mit einem Teilkomplex, nämlich der Fusion der Organe, zu beginnen, ja daß ein gewisser Vorteil darin liegen könnte, mit diesem Teilkomplex zu beginnen. Denn wir waren der Meinung — wir sind es noch —, daß wenn eine einheitliche Kommission für alle drei Gemeinschaften spricht, die Fusion der Gemeinschaften selbst dadurch erleichtert werden wird. Wir alle wissen, daß Rivalitäten, die ihre Ursprünge im Persönlichen oder Institutionellen haben mögen, ein Gespräch über Fusion erschweren. Diese Gesichtspunkte fallen weg. Man wird also in Zukunft, wie wir glauben, dieses Gespräch über die Fusion selbst mit größerer Aussicht auf Erfolg als bisher führen können.

Es ist uns schließlich gelungen, diesen unseren Standpunkt gegenüber unseren Partnern und mit unseren Partnern zusammen durchzusetzen, und man hat sich auf einen Kompromiß geeinigt, der

**(A) Staatssekretär Dr. Carstens**

darin bestand, daß bei Gelegenheit dieser Fusion nur diejenigen Änderungen an den Verträgen vorgenommen werden sollten, die sich aus der Tatsache der Zusammenlegung der Organe selbst zwingend ergaben, und daß im übrigen keine materiellen Änderungen vorgenommen werden sollten. Das war die Basis, auf der die weiteren Verhandlungen geführt worden sind; danach, glaube ich, sind wir verfahren, und danach ist dann auch dieser Vertrag zustande gekommen.

Nun wird gesagt, daß der Vertrag die Rechte des Europäischen Parlaments nicht nur nicht stärke, sondern sie dadurch schwächere, daß ein bestimmter Ausschuß — der sogenannte Vier-Präsidenten-Ausschuß —, der nach dem Kohle- und Stahlvertrag das Haushaltsrecht hatte, in Zukunft wegfallen wird.

Hier, muß ich nun allerdings sagen, bin ich selbst anderer Auffassung. Ich kann nicht erkennen und habe nie zu erkennen vermocht, inwiefern der Vier-Präsidenten-Ausschuß Ausdruck einer wirklichen demokratischen Legitimation der europäischen Gemeinschaften war. Es handelte sich darum, daß die Präsidenten des Europäischen Parlaments, des Ministerrates, des Europäischen Gerichtshofes und der Hohen Behörde, die für ihre Person in dieses Gremium entsandt wurden, die Befugnis zur abschließenden Feststellung des Haushalts der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl hatten.

(Zuruf: Das ist doch besser als gar nichts!)

Das Europäische Parlament wirkte daran nicht mit, in keiner Weise.

**(B) (Zuruf.)**

Der Ausschuß beriet, soweit ich weiß, geheim. Es fand keinerlei irgendwie geartete Kontrolle von außen statt. Ich möchte daher den Standpunkt vertreten, daß die jetzt getroffene Regelung, die nämlich das System der EWG auch auf die Kohle- und Stahlgemeinschaft erstreckt, dem Europäischen Parlament als Ganzem größere Rechte einräumt; denn jetzt ist das Europäische Parlament als solches eingeschaltet in den Prozeß der Feststellung des Haushalts der europäischen Gemeinschaften, zwar nicht im Sinne eines Zustimmungsrechts — wir bedauern, daß es nicht gelungen ist, die Rechte des Parlaments zu verstärken und zu erweitern; in der Hinsicht besteht gar keine Meinungsverschiedenheit —, aber doch in dem Sinne, daß das Europäische Parlament den Haushalt in öffentlicher Sitzung diskutiert, zu ihm förmlich Stellung nimmt mit all dem, was das an politischem Gewicht nach sich zieht. Ich möchte daher glauben, daß, so wie die Basis der Vereinbarung, auf der die Fusion stattgefunden hat, nun einmal war, das Europäische Parlament bestimmt keine Schwächung seiner Rechte mit Bezug auf die Haushaltsgestaltung erfahren hat.

Aber ich möchte noch einmal wiederholen: Es wird in der Tat in der Zukunft darauf ankommen, und zwar insbesondere in den beiden Zeitpunkten, die ich genannt habe, dem Europäischen Parlament eine wirkliche Verstärkung seiner Rechte zu geben. Die Bundesregierung wird dafür eintreten.

Mit Bezug auf die andere Frage, die hier aufgeworfen worden ist, nämlich mit Bezug auf die

**Erweiterung der europäischen Gemeinschaften, (C)** möchte ich nur sagen, daß der Standpunkt der Bundesregierung in dieser Frage bekannt ist. Er ist unverändert. Die Bundesregierung tritt dafür ein, daß die europäischen Gemeinschaften für den Beitritt dritter Staaten, die an dem Beitritt interessiert sind, offen bleiben und offen stehen. Die Bundesregierung wird weiterhin in diesem Sinne wirken.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

**Vizepräsident Schoettle:** Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Einzelberatung. Ich rufe auf: Art. 1, — Art. 2, — Art. 3, — Art. 4, — Einleitung und Überschrift des Gesetzes. — Wer den aufgerufenen Artikeln, der Einleitung und der Überschrift zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke. Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Gegen eine Stimme ist das Gesetz in zweiter Beratung angenommen.

Ich schließe die zweite Beratung und eröffne die **dritte Beratung.**

Wir treten in die allgemeine Aussprache ein. — Das Wort wird nicht gewünscht. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Schlußabstimmung. Wer dem Gesetz im ganzen zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Danke. Die Gegenprobe! — Gegen eine Stimme ist das Gesetz angenommen.

Dann haben wir noch abzustimmen über eine **(D)** Entschließung, die der Ausschuß unter Ziffer 2 seines Antrags auf Seite 3 der Drucksache IV/3635 vorlegt. Wer dieser Entschließung zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke. Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Die Entschließung ist bei einer Enthaltung angenommen.

Ich rufe Punkt 18 der Tagesordnung auf:

Beratung des Mündlichen Berichts des Haushaltsausschusses (13. Ausschuß) über die von der Bundesregierung zur Unterrichtung vorgelegten **Vorschläge der Kommission der EWG zur Agrar-/Finanzpolitik in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft** vom 31. März 1965 (Drucksachen IV/3313, IV/3665).

Berichterstatter des Haushaltsausschusses ist der Abgeordnete Windelen. Der Bericht liegt vor. Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Ich eröffne die Aussprache. — Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Kopf.

**Dr. Kopf (CDU/CSU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die drei Vorschläge der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die in der Drucksache IV/3313 zusammengefaßt sind, bilden eine unteilbare Einheit. Die Kommission macht Vorschläge über die künftige **Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik**, sie schlägt vor, daß künftighin die Gemeinschaft selber unmittelbar eigene Einnahmen erhalten soll durch die Über-